

Anlage 5

Grundsatzerklärung der Fraktion FDP/Bürgerliste zum Haushalt 2023 der Stadt Dortmund
Ratsmitglied Michael Kauch (Fraktionsvorsitz)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Neumann, Herr Suck,

Sie haben sehr deutlich gemacht, wie erfolgreich die grün-schwarze Projekt-Partnerschaft bei diesem Haushalt war. Und das bedeutet eben auch, und ich werde es gleich ausführen, die Schulden dieser Stadt sind jetzt auch ihre Schulden, denn sie haben die Mehrheit dafür organisiert.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist 2026 nur 6 Mio. € von der Pflicht entfernt, den Haushalt von der Bezirksregierung genehmigen zu lassen. Wenn das passiert, verliert dieser Rat seine Handlungsfähigkeit und 6 Mio. bei der Größe dieses Haushaltes ist nicht sehr viel. Nach Jahren der wirtschaftlichen Stabilität, niedriger Inflation, niedriger Zinsen und in einer Situation, wo wir noch nicht die Sonderlasten hatten, die wir jetzt abbezahlen müssen, aus Corona, aus der Energiekrise, da ist diese Stadt wahrscheinlich finanzpolitisch etwas verwöhnt gewesen. Aber meine Damen und Herren ich kann Ihnen nur sagen, die fetten Jahre sind vorbei und während der Kämmerer das zumindest ansatzweise mit Blick auf den Stellenplan verstanden hat, und sich ein bisschen allerdings auch nur herumlaviert, habe ich den Eindruck, dass das bei der breiten Mehrheit dieses Rates noch nicht angekommen ist.

Denn was ist in den Haushaltsberatungen passiert? 17 Mio. € zusätzliches Defizit, 17 Mio. € zusätzliche Schulden. Im Vergleich: Der Kämmerer hatte 20 Millionen geplant. 20 Millionen vom Kämmerer, 17 Millionen vom Rat. Die Kohle wird immer noch rausgehauen, als gäbe es kein Morgen. Und ja, wir haben auch einigen dieser mehr Ausgaben zugestimmt. Aber wir haben als einzige Fraktion im demokratischen Spektrum Einsparvorschläge gemacht. Ein paar Vorschläge, die diese Mehrausgaben überkompensiert hätten. Aber dafür gibt es in diesem Rat leider keine Mehrheit. Und was mir besondere Sorgen macht, - im Blick auf die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt - ist, dass die CDU nicht nur diese Mehrausgaben mitgetragen hat, sondern dann auch noch richtigerweise Entlastungen gefordert hat. Aber das Ganze auf Pump, ohne jeden Einsparvorschlag. So funktioniert Generationengerechtigkeit in der Haushaltspolitik eben nicht, meine Damen und Herren. Wohlgemerkt, die Lage wäre noch dramatischer, wenn Bund und Land den Städten nicht bereits unter die Arme gegriffen hätten mit Beteiligung an Sozialkosten, mit Beteiligung an den Flüchtlingskosten. Aber, und das gehört hier auch zum guten Ton, natürlich, Herr Neumann hat es gemacht, es wird wieder nach Geld von Bund und Land, gerufen um sozusagen unseren Haushalt zu sanieren. Ich finde, wenn wir eine selbstbewusste Kommunalpolitik sein wollen, dann müssen wir mit den Hausaufgaben auch bei uns anfangen und auch uns bei uns mal trauen, den Rotstift anzusetzen.

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Grund für das Defizit das diese Stadt strukturell hat, ist der Stellenplan, das ausufernde Wachstum von Stellen in der Verwaltung. Ich glaube, von 2010 bis 2020 waren es 23 % mehr Stellen und in den letzten Jahren haben wir erneut draufgesattelt. Hier mal 200 Stellen, da mal 300 Stellen und auch in diesem Jahr werden es wieder 200 Stellen mehr werden. Und ich frage mich, wenn neue Aufgaben hinzukommen, wenn wir Dinge bewegen wollen und neue Prioritäten setzen, warum schaffen wir es nicht, Dinge auch mal mit einer niedrigeren Priorität zu versehen? Warum schaffen wir es nicht bei Digitalisierung auch mal eine Digitalisierungsdividende im Stellenplan einzuplanen? Bisher heißt Digitalisierung in dieser Stadtverwaltung immer: Wir müssen neue Leute einstellen. Aber es wird nie gesagt, wo ist denn ein Prozess mal so redundant, dass man im Zuge des demographischen Wandels auch auf Personalstellen verzichten kann. Hunderte Stellen der Verwaltung sind übrigens unbesetzt und kein Bürger, keine Bürgerin hat es gemerkt. Offenkundig funktioniert es ja auch mit weniger Personal. Und deshalb, meine Damen und Herren, haben wir drei Anträge gestellt, die natürlich alle abgelehnt wurden. Erstens: In der laufenden Haushaltsperiode neue Stellen immer gegenfinanzieren. Zweitens: Den Stellenplan auf das Maß von 2022 zurückzuführen, d.h. in 2024 auf 2022 zurückzugehen, wo 2022 die Verwaltung ja offensichtlich nicht zusammengebrochen ist. Und drittens: Die Stellen, die seit drei Jahren nicht besetzt worden sind, zu streichen. Und zwar auch die Stellen, die noch nie besetzt worden sind. Der Personaldezernent sagt, die muss man sich genau anschauen. Aber ja, genau die muss man sich angucken, wenn man drei Jahre Stellen neu einrichtet, keinen findet oder es anscheinend auch nicht so wichtig ist, wenn man die besetzt, dann gehören diese Stellen abgeschafft. Dann gehören die nicht noch mal ein Jahr betrachtet. Und das wurde aber von dieser Ratsmehrheit leider alles abgesetzt. Die Toolbox-Vorlage ist ein erster Schritt. Aber er ist auch eins: Er ist unambitioniert und unzureichend für die Herausforderung dieser Stadt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion FDP/Bürgerliste hat eine Vision von einer wirtschaftlich dynamischen Stadt. Einer Stadt, die im globalen Wettbewerb mithalten kann und auf der die

Menschen auf eigenen Beinen stehen und nicht zu Sozialleistungsempfängern gemacht werden. Und deshalb treten wir dafür ein, die Hürden für den Mittelstand abzubauen, ein positives Klima für Investitionen zu schaffen und für Technologie, für Innovationen zu werben und nicht zuletzt auch die globale Vernetzung zu intensivieren. Deshalb freut es uns, dass wir eine Mehrheit für unseren Antrag gefunden haben, zur internationalen Wirtschaftsförderung mehr zusammen zu arbeiten mit unseren Städtepartnerschaften, um auch eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung auf beiden Seiten zu befördern. Wir freuen uns auch, dass wir auf dem Weg in Richtung einer afrikanischen Städtepartnerschaft vorankommen, dass die Verwaltung daran arbeitet, ich glaube, es ist aus mehreren Gründen wichtig. Einmal, weil wir ein koloniales Erbe haben, für welches wir Verantwortung übernehmen müssen. Zweitens: Wir haben eine starke, afrikanischstämmige Community in unserer Stadt und drittens: Hier sind auch Wachstumsmärkte der Zukunft für unsere Unternehmen und das müssen wir zusammen denken.

Und wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung geht, dann geht es natürlich auch um die Innenstadt. Und hier sage ich leider diesmal sehr kritisch, anders als wir bei der Besetzung der Wirtschaftsförderung erhofft haben, ist die Erwartung, dass die Innenstadt einladender wird, noch nicht umgesetzt. Die Pflaster sehen immer noch aus wie Kraut und Rüben, Obdachlosenlager direkt vor dem Hauptbahnhof schrecken Kundinnen und Kunden aus dem Umland ab. Und über alternative Nutzungen von Leerständen wird viel gesprochen und wenig getan. Um das zu ändern, sind die Haushaltsanträge ein richtiger Schritt, die wir auch gemeinsam mitgetragen haben. Aber es reicht nicht. Wir müssen auch mal ernsthaft über ordnungsrechtliche Konsequenzen in dieser Stadt reden. Etwas, wovor auch leider der Rechtsdezernent bisher zurückschreckt. Ich muss allerdings auch sagen: Wenn der kommunale Ordnungsdienst mal eingreift, dann wird er von den Ruhrnachrichten beispielsweise gleich wieder angeschossen, mit heimeligen, sozialromantischen Anwürfen, warum man bestimmte Dinge nicht machen kann. Da muss ich auch mal sagen, ja, man kann sich nicht immer nur beschweren, dass die Stadt aussieht wie Kraut und Rüben und wenn dann mal was gemacht wird, ist es auch falsch. An der Stelle auch mal zurückgespielt.

Und meine Damen und Herren, wir haben auch in Corona eine harte Zeit gehabt für das Kongressgeschäft, das Messegeschäft und die Hotels in unserer Stadt. Und das geht jetzt gerade so richtig wieder los. Deshalb tagen wir heute auch in der großen Westfalenhalle und was macht die Stadt? Wir führen eine Steuererhöhung ein. Eine Steuererhöhung für die Hotels, in denen man auch berufliche Übernachtungen jetzt steuerpflichtig macht. Da kann man sagen, das zahlen ja nicht die Dortmunderin und der Dortmunder. Aber in der jetzigen Marktlage wird es für die Hotels schwierig sein, diese Preiserhöhung zusätzlich zu den anderen Preiserhöhungen, die ohnehin stattfinden, noch überzuwälzen und deshalb wird es eine Belastung sein für den Kongressstandort hier in Dortmund.

Meine Damen und Herren, einen anderen Punkt möchte ich ansprechen. Da ist das Thema Rechtsstaatlichkeit. Wir stehen für Rechtsstaatlichkeit und wir erwarten, dass diese Stadt in allen Bereichen Recht und Gesetz folgt. Zumindestens bei der Feuerwehr musste man an einigen Stellen ein Fragezeichen machen. Und zwar nicht bei den Feuerwehrleuten, sondern beim Amtsleiter, ob er denn die gesetzlichen Bestimmungen kennt und umsetzt. Und das betrifft den Brandschutzbedarfsplan, der rechtswidrig seit mehreren Jahren nicht erneuert worden ist. Und das betrifft die Abrechnungen die seit über zehn Jahren vom Rechnungsprüfungsausschuss regelmäßig beanstandet werden. Und ich freue mich, dass die Mehrheit in diesem Rat jetzt Konsequenzen gezogen hat. Auf der einen Seite der Auftrag an die Verwaltung, den Brandschutzbedarfsplan endlich zu erneuern und zweitens mit Digitalisierung, ohne zusätzliche Bürokratie für die Einsatzkräfte, das Problem der Abrechnungen bei der Feuerwehr jetzt anzugehen. Das ist ein positiver Schritt in diesem Haushalt und darüber freuen wir uns außerordentlich.

Was die Klimapolitik angeht, so konnten SPD und FDP/Bürgerliste Akzente im Haushalt setzen. Die Verwaltung wird gebeten, im Wärmekonzept Biogas zu prüfen. Wir haben Mittel bereitgestellt, um die Potenziale für die Sonnenenergie auf städtischen Dächern auszuwerten und dann entsprechende Schritte auf den Weg zu bringen. Statt private Hausbesitzer mit immer härteren Vorgaben zu drangsalieren, finden wir von FDP/Bürgerliste, dass es Zeit ist, dass die Stadt vorangeht als Vorbild für erneuerbare Energien, als Vorbild für Energieeffizienz und da sind das die richtigen Schritte. Teurer klimapolitischer Unsinn sind dagegen die zahlreichen Förderprogramme, die Grüne und CDU für erneuerbare Energien, für Energieeffizienz und den Dachgeschossausbau mit vergleichsweise niedrigen Fördersummen aufgelegt haben. Hier spielt die Kommune ehrlich gesagt keine Rolle. Der Bund hat die Programme, die -wie ist es der Kanzler sagen würde- den Wumms geben. Und wenn man da draufsattelt, erreicht man nur eins: Mitnahmeeffekte. Es werden Investitionen getätigt, die man sowieso machen würde. Und dann nimmt man das kommunale Geld gerne noch mit. Das ist verpulvern von Steuergeldern ohne nennenswerten Effekt für das Klima.

Lassen Sie mich noch drei Punkte kurz Antippen: Das erste Thema wurde von Herrn Garbe schon angesprochen, er wollte heute nicht über die Sex-Steuer reden, das werde ich jetzt tun. Zur Toleranz in dieser Stadt gehört nicht nur die Förderung von LSBTIQ-Projekten, gehört nicht nur die Förderung von Projekten für Menschen mit Migrationshintergrund, dazu gehört auch das Ende der Spießigkeit in der Steuerpolitik. Die Vergnügungssteuer für sexuelle Handlungen - und noch mehr die Vergnügungssteuer für Swingerclubs und Ähnliches - hat sich überlebt. Sozialpolitisch, da sind sich die Sozialpolitiker in diesem Haus ja anscheinend relativ einig inzwischen, sozialpolitisch bringt es kontraproduktive Effekte im Bereich der Prostitution und in den anderen Bereichen, fehlt überhaupt jede Legitimation hier mit einer Sondersteuer auf Betriebe zuzugehen. Leider, CDU und SPD konnten hier nicht über ihren Schatten springen. Der zweite Punkt: „Moderne Verwaltung“. Ich freue mich sehr, dass der Antrag der SPD für die „Bürgerdienste International“ und von uns für „Bürgerdienste“ für Abholmöglichkeiten von Dokumenten in Abholschränken angenommen wurde. Warum muss die Bürgerin, der Bürger einen zweiten Termin machen bei Dokumenten, wo am zweiten Termin nichts anderes passiert, als dass man es übergeben bekommt. Dafür müssen wir keine Personalressourcen binden. Das ist mal eine gute Nachricht in diesem Haushalt. Und drittens, dann kommen wir zur schlechten Nachricht, wir haben in diesem Haushalt nicht nur eine Gebührensenkung für die Kitagebühren bei den niedrigen Einkommen, sondern wir haben eine Erhöhung -teilweise bis zu 16 %- von Kitagebühren für Menschen mit höherem Einkommen. Und da wird es deutlich, was hier in diesem -und Herr Kowalewski freut sich sicherlich darüber- linken Mainstream inzwischen passiert. Nämlich die Leute, die ohnehin die höchsten Steuern zahlen, die sich hauptsächlich an der Finanzierung auch dieses städtischen Haushalts beteiligen, werden an jeder Stelle nochmal zur Kasse gebeten. Und zwar ab einem Einkommen, wo beide arbeiten und die Facharbeiterin und der Facharbeiter zusammen schon die Schwelle überschreiten. Meine Damen und Herren, es geht nicht, dass die Beschäftigung von Frauen, dass auch Frauen in Führungspositionen, hier wieder mit zusätzlichen Gebühren bestraft werden.

In der Gesamtschau werden wir uns bei diesem Haushalt angesichts der positiven Punkte, die wir erreicht haben und der weiter ungelösten Schuldenproblematik, enthalten. Und ich möchte den Beschäftigten der Stadt zum Abschluss sehr herzlich für Ihren Einsatz danken, die allermeisten von Ihnen machen einen super Job, auch wenn das Image in der Öffentlichkeit manchmal dem entgegensteht.

Vielen Dank dafür.